

Demografische Provokationen. Neue Anforderungen an den gesellschaftlichen Zusammenhalt

von Stefan Rüb

Tagung „Work in Progress V“ des Soziologischen
Forschungsinstituts Göttingen (SOFI) in Kooperation mit
dem Amt für regionale Landesentwicklung
Braunschweig, 19.-20. September 2016

Migration und Flucht haben die demografische Entwicklung der deutschen Gesellschaft durcheinandergeschüttelt und unberechenbarer gemacht. Die längerfristige Schrumpfung und Überalterung der Gesellschaft aufgrund niedriger Geburtenraten sowie Binnenwanderungen vom Land in die Städte überlagern sich mit kurzfristigeren und weniger vorhersehbaren transnationalen Zu- und Abwanderungsbewegungen, aktuell insbesondere mit dem Zustrom einer großen Zahl Geflüchteter aus Kriegs- und Armutregionen.

Wie MARC INGO WOLTER (Osnabrück) darlegte, sahen sich auch die Behörden durch die zunehmende Migration dazu veranlasst, ihre bisherigen statistischen Prognosen der deutschen Bevölkerungsentwicklung weitreichend zu revidieren. Der Rückgang der Einwohnerzahl werde nach aktueller Projektion erst im Jahr 2023 erwartet. Ebenso wie die Alterung der Gesamtgesellschaft habe er sich verlangsamt. Zuwanderung könnte demnach, so die Hoffnung auf der einen Seite, zur Lösung der ‚alten‘ demografischen Probleme in der (ländlichen) Gesellschaft, auf dem Arbeitsmarkt und in den Betrieben beitragen. Sie könnte aber zugleich, so die Befürchtung auf der anderen Seite, mit der ‚alten‘ demografischen Frage verbundene Aussichten auf eine stärkere Durchlässigkeit des Arbeitsmarktes für klassische Problemgruppen zerschlagen. MARTIN KUHLMANN (Göttingen) schlug vor, integrative politische Maßnahmen zu entwickeln und auf den Weg zu bringen, die nicht allein den Migrant/innen, sondern allen sozial Benachteiligten gleichermaßen zugutekämen (z. B. bezahlbarer Wohnraum, Aus- und Weiterbildungsangebote). Staatssekretärin BIRGIT J. HONÉ (Hannover) spitzte diese Einschätzung in Bezug auf den ländlichen Raum dahingehend zu, dass die positive Wirkung der Fluchtmigration in ländlichen Räumen entscheidend davon abhängt, wie attraktiv diese Räume generell seien, und damit letztlich davon, welche soziale sowie öffentliche Infrastruktur diesen Räumen unabhängig von der

Flüchtlingsfrage zur Verfügung stehe.

Die vom SOFI Göttingen in Kooperation mit dem Amt für regionale Landesentwicklung Braunschweig veranstaltete Tagung widmete sich derartigen – wie es im Titel heißt – demografischen Provokationen sowie den neuen Anforderungen, die sich dadurch für den gesellschaftlichen Zusammenhalt ergeben. Die Tagung war nicht allein geprägt von der widersprüchlichen Koinzidenz alter und neuer demografischer Fragen. Die Teilnehmenden sahen sich auch mit der Spannung zwischen dem konkreten Dialog von Wissenschaft und Praxis und dem von Veranstalter BERTHOLD VOGEL (Göttingen) formulierten Anspruch konfrontiert, die demografische Frage als Provokation zu nehmen, um über gesellschaftliche und gesellschaftspolitische Fragen grundsätzlicher nachzudenken. Die Panels befassten sich mit den Herausforderungen der demografischen Entwicklungen in den Feldern Arbeit / Betrieb, gesellschaftliche Teilhabe, Bildung und regionale Daseinsvorsorge. Dabei nahmen sie die konkrete Praxis sowie deren empirisch-wissenschaftliche Aufbereitung in den Blick und machten beides zum Ausgangspunkt für handlungsfeldspezifische und wissenschaftlich unterfütterte Handlungs- und Politikanforderungen.

Im Panel 1 „Arbeit – Betrieb – Personal“ wurden vor allem die Pflicht der Unternehmen diskutiert, die demografische Frage stärker als bisher und jenseits des verbreiteten Kurzfristdenkens praktisch anzugehen. Eine staatlich geförderte sprachliche wie berufliche Qualifizierung der Geflüchteten wurde als unabdingbare, aber nicht hinreichende Voraussetzung betrieblicher Integration bewertet. Die Unternehmen müssten, so KLAUS-PETER BUSS (Göttingen), einerseits stärker als bisher Konzepte eines alters- und alterngerechten Arbeitens (z. B. ergonomische Maßnahmen) entwickeln und auflegen. Andererseits sei aber auch ein Umfeld zu schaffen, das die Integration Geflüchteter, aber auch klassischer Problemgruppen des Arbeitsmarktes fördert und ermöglicht. WERNER SCHMIDT (Tübingen) brachte die Idee eines Flüchtlingskorporatismus ins Spiel. In einer solchen konzertierten Aktion von Staat, Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften ließe sich das Problem der bislang geringen Bereitschaft der Unternehmen, Flüchtlinge einzustellen, angehen.

Das Panel 2 „Zuwanderung und Biografie“ befasste sich insbesondere mit der Frage der gesellschaftlichen Teilhabe Geflüchteter. Landrätin ASTRID KLINKERT-KITTEL (Northeim) zog ein positives Zwischenfazit zur Integrationspraxis Geflüchteter in ihrem Landkreis. Sie machte dafür zwei Bedingungen verantwortlich. Zum einen gebe es zahlreiche Ehrenamtliche, die die angestrebte Willkommenskultur mit Leben füllten und auch langfristig für Patenschaften etc. zur Verfügung stünden. Zum anderen ermögliche das Überangebot leerstehender Wohnungen in diesem ländlichen Raum, die Geflüchteten relativ rasch dezentral mit Wohnraum zu versorgen. Unter anderem in diesem Zusammenhang drehte sich die Diskussion um institutionelle Voraussetzungen einer gelingenden Integration und die Veränderungen angesichts der akuten Handlungserfordernisse, die sich aus dem starken Zustrom Geflüchteter ergaben. Bisweilen schloss man von der situativ notwendigen institutionellen

Improvisation recht unmittelbar auf eine dauerhafte institutionelle Innovationskraft zurück, was meines Erachtens weder empirisch noch theoretisch gerechtfertigt ist.

MARKUS WIECK (Göttingen) zeigte im Panel 3 „Demografischer Wandel und berufliche Aus- und Weiterbildung“ auf, dass das Ausbildungssystem angesichts von Engpässen auf dem Fachkräftemarkt, Passungsproblemen zwischen Bewerbern und Angeboten (regional, beruflich oder qualifikatorisch), der demografisch bedingten sowohl quantitativen als auch qualitativen Verringerung des Bewerberpotenzials und einem steigenden Interesse am Studium unter Druck gerät. Dies führe aber angesichts eines nicht ausgeschöpften Bewerberreservoirs nicht zu einem absoluten Mangel an Kandidaten, sondern zu strukturellen Veränderungen der Gruppe potenzieller Auszubildender. Unternehmen und berufsbildende Schulen müssten sich zukünftig auf eine stärkere Heterogenität in der Berufsbildung durch Geflüchtete und junge Erwachsene ohne Ausbildung einstellen. DOMINIQUE DAUSER (Nürnberg) stellte ein Projekt vor, in dem Bedingungen und Möglichkeiten eruiert werden, um un- und angelernt arbeitende junge Erwachsene in das Berufsbildungssystem zu (re-)integrieren. Dabei müsse sowohl deren wirtschaftliche (das Angewiesensein auf ein reguläres Einkommen) als auch deren mentale Situation berücksichtigt werden (viele sind das Lernen nicht mehr gewohnt). Arbeitsplätze müssten zu Lernorten werden, betriebsnahes Lernen sei mit praxisnaher Theorievermittlung zu verknüpfen.

Die Krise der Daseinsvorsorge in strukturschwachen, ländlichen Räumen bildete schließlich den gemeinsamen Ausgangspunkt der Beiträge des mit „Daseinsvorsorge, Infrastruktur und lokale Demokratie“ überschriebenen vierten Panels. JENS KERSTEN (München) machte den Vorschlag, die Verbesserung der regionalen Daseinsvorsorge als Gemeinschaftsaufgabe grundgesetzlich, und zwar in Artikel 91a, zu verankern. BERTHOLD VOGEL (Göttingen) wiederum erläuterte die Bedeutung von Infrastrukturen der Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen – wie Arztpraxen, öffentlicher Nahverkehr, Schulen, Kindergärten oder Sozialeinrichtungen. Diese seien nicht allein zentrale Kohäsionsfaktoren, indem sie zu gleichwertigen Lebensverhältnissen beitragen, sondern bildeten auch die Grundlage einer lebendigen lokalen Demokratie. Bürgermeisterin FRANZISKA SCHWARZ (Bad Gandersheim) beschrieb hingegen einen Teufelskreis aus sinkenden Einwohnerzahlen, sinkenden Gemeindeeinnahmen, nicht modernisierbarer oder länger finanzierbarer Infrastruktur, Attraktivitätsverlust der Kommune und weiterem Rückgang der Einwohnerzahlen. In einigen Fällen habe man die Infrastruktur, z. B. das Dorfgemeinschaftshaus und das Schwimmbad, jedoch durch ehrenamtliches Engagement aufrechterhalten können. Berthold Vogel verwies zu Recht darauf, dass einem solchen, den Rückzug des Staates kompensierenden ehrenamtlichen Engagement Grenzen gesetzt seien. Bürgerschaftliches Engagement habe vielmehr staatlich garantierte soziale Sicherheit sowie eine verlässliche berufliche Absicherung als Motivations- und Zeitressource zur Voraussetzung. Letztlich ist, das zeigte die anschließende Debatte, das Niveau der im ländlichen Raum verfügbaren sozialen und kulturellen

Infrastruktur verteilungspolitisch umkämpft.

Unter dem Eindruck der aktuellen Fluchtmigration wurde die ‚alte‘ demografische Frage auf der Tagung ein Stück weit in den Hintergrund gedrängt. Dabei hob sich die Veranstaltung insgesamt wohltuend von der Hysterie medialer politischer Debatten ab. Im Sog der wissenschaftlichen wie praktischen Beiträge der Panels, die Machbarkeit und Chancen einer gelingenden Integration aufzeigten, fiel die Abschlussdiskussion fast etwas zu optimistisch aus. Denn einerseits ließ man mit Blick auf die gesellschaftliche Situation die weit verbreiteten Ressentiments gegen Migrant/innen außen vor. Andererseits blieb mit Blick auf die Rolle des Staates dessen bisweilen durchaus repressive Seite im Umgang mit Flucht und Geflüchteten weitgehend ausgeblendet. Dessen ungeachtet lässt sich das Experiment, die fünfte Work-in-Progress-Tagung des SOFI weitaus stärker als bisher für einen Dialog mit der gesellschaftliche Praxis und deren Reflexion zu öffnen, als gelungen bezeichnen.

Konferenzübersicht:

Berthold Vogel (Göttingen), Demografische Provokationen. Neue Anforderungen an den gesellschaftlichen Zusammenhalt

Panel 1: Arbeit - Betrieb - Personal

Werner Schmidt (Tübingen), Betriebliche Integration von Arbeitsmigrant/innen und Flüchtlingen: Gemeinsamkeiten und Unterschiede

Klaus-Peter Buss (Göttingen), Migration und demografischer Wandel - Herausforderungen und Gestaltungsoptionen für die betriebliche Personal- und Arbeitspolitik

Petra Kirchhoff (Göttingen), Betriebliche Erfahrungen mit der Integration von Migrant/innen aus Sicht des Personalmanagements

Hans-Ulrich Scheetz (Göttingen), Betriebliche Erfahrungen mit der Integration von Migrant/innen aus Sicht der Interessenvertretung

Moderation: Matthias Wunderling-Weilbier

Panel 2: Zuwanderung und Biografie

Marc Ingo Wolter (Osnabrück), Doch nicht weniger und älter? Ein

sozioökonomischer Blick auf Zuwanderung

Kai Marquardsen (Göttingen): Wie gelingt die Teilhabe Geflüchteter?

Klaus Voelcker (Göttingen), Integration und Zuwanderung von Migrant/innen aus Sicht der Agentur für Arbeit

Astrid Klinkert-Kittel (Northeim), Integration und Zuwanderung aus Sicht eines Landkreises

Moderation: Peter Bartelheimer

Panel 3: Demografischer Wandel und berufliche Aus- und Weiterbildung

Markus Wieck (Göttingen), Umdenken in der Berufsausbildung Jugendlicher - Die Herausforderungen der demografischen Entwicklung

Dominique Dauser (Nürnberg), Ältere Auszubildende in der Nachqualifizierung

Andreas Hölzchen (Holzminden), Erfahrungen mit bildungsarmen Jugendlichen im Bereich beruflicher Aus- und Weiterbildung

Henning Strieben (Hildesheim), Konzepte für Migrant/innen und ausbildungslose junge Erwachsene im Bereich beruflicher Aus- und Weiterbildung

Moderation: Volker Baethge-Kinsky

Panel 4: Daseinsvorsorge, Infrastruktur und lokale Demokratie

Jens Kersten (München), Gemeinschaftsaufgabe Daseinsvorsorge - eine neue Ressource für den ländlichen Raum

Berthold Vogel (Göttingen), Dorfentwicklung, lokale Demokratie und Daseinsvorsorge

Franziska Schwarz (Bad Gandersheim), Demografie und Fiskalpolitik

Reinhard Kühn (Hildesheim), Infrastruktur und Vielfalt der Region

Moderation: Reinhard Schmalz

Abschlussgespräch:

Birgit J. Honé (Hannover)

Berthold Vogel (Göttingen)

Moderation: Matthias Wunderling-Weilbier
